

GROSSER RAT

Sitzung vom 21.10.2025, Art. Nr. 2025-0294, romm/al

PROTOKOLL

(25.99-1) Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG); Änderung (Automatische Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung); Bericht und Entwurf zur 3. Beratung; Eintreten, Detailberatung und Schlussabstimmung; fakultatives Referendum

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 2. April 2025. Die Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK) beantragt Beschlussfassung gemäss dem regierungsrätlichen Antrag.

Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) (Synopsis gemäss Beilage zur Botschaft)

I.

§ 36b Abs. 1, § 36b Abs. 1^{bis} (neu), § 36b Abs. 2, § 36b Abs. 3, § 36b Abs. 5 (neu), § 36b Abs. 6 (neu), II. Keine Fremdänderungen, III. Keine Fremdaufhebungen, IV.

Zustimmung

Antrag gemäss Botschaft / Abstimmung

Der regierungsrätliche Antrag gemäss Botschaft wird in der Schlussabstimmung mit 119 gegen 0 Stimmen gutgeheissen.

Beschluss

Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) wird in 3. Beratung zum Beschluss erhoben.

Fakultatives Referendum

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 63 Abs. 1 lit. a der Verfassung des Kantons Aargau.

Markus Gabriel
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Rechtsdienst Regierungsrat (Publikation / Redaktionskommission / Gesetzessammlung)